

Skandal ohne Grenzen. Sind die deutschen Waffenexporte noch unter politischer Kontrolle?

Vortrag von Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg i. Br.,
beim Kolloquium für Helmut Kramer – ‚Richter – Mahner – Streiter‘,
im Gewerkschaftshaus Braunschweig, Wilhelmstr. 5, 38100 Braunschweig,
am Freitag, 19. November 2021, 16.20-16.55 Uhr
(Bearbeitungsstand: 10.11.2021)

„*Recht ist, was den Waffen nützt*“ heißt der Titel eines Buches über Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert, das Helmut Kramer und ich im Jahre 2004 gemeinsam im Berliner Aufbau-Verlag herausgegeben haben.¹ Im Untertitel steht „*Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert*“. Hans-Jochen Vogel förderte das Werk mit einem Geleitwort. Geschrieben wurde es je zur Hälfte von Juristen und Historikern – eine nicht eben alltägliche Zusammenarbeit! Einige der damals Mitwirkenden sind heute unter uns. „*Was den Waffen nützt*“ – das ist eine Metapher für kriegerisches Denken, für Gewaltpolitik, Rüstungsproduktion, Militärapparat, und damit auch für Rüstungsexporte. Auch der Waffenhandel folgt der Kriegslogik und nicht der Friedenslogik.

Ganz unwissenschaftlich spreche ich von einem „*Skandal ohne Grenzen*“.² Die Formulierung geht zurück auf eine rüstungskritische Aktion, die im Jahre 2007 in meiner Heimatstadt Waldkirch bei Freiburg gestartet wurde.³ Möglicherweise haben wir sie damals aus einem der Rüstungsexportberichte der „*Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)*“ entlehnt, in der die evangelische und die katholische Kirche zusammenwirken.⁴ Den Skandal sahen und sehen wir darin, dass sich Deutschland seit langem daran beteiligt, die Welt mit Waffen vollzupumpen.

Wir sahen den Skandal weiterhin darin, dass sich die deutsche Bundesregierung zwar relativ restriktive Rüstungsexportregeln selbst verordnet, sich aber nur selten an diese gehalten hat. Seit Jahren gehört Deutschland zu den größten Waffenexporteuren der Welt. Damit bringt unser Land nicht mehr Sicherheit und Frieden, sondern mehr Leid und Unfrieden in die Welt. Im Jahre 2018 beklagten die beiden Kirchen bei der Vorlage des damaligen Rüstungsexportberichts ausdrücklich die „*politische Ohnmacht*“ der Bundesregierung.⁵ In die gleiche Richtung zielt meine Frage: „*Sind die deutschen Waffenexporte noch unter politischer Kontrolle?*“

Das Volumen der Rüstungsexporte

Die wirtschaftliche Bedeutung des Waffenexportgeschäftes ist – in gesamtwirtschaftlicher Perspektive betrachtet – nicht besonders groß?⁶ Lobbyisten machen die ökonomische Rechnung auf, der Anteil der Rüstungsexporte am Volumen der deutschen Exporte habe 2009 weniger als 1 Prozent ausgemacht und der Anteil am Bruttoinlandsprodukt betrage lediglich 0,2 Prozent.⁷ Die Zahl der Arbeitsplätze in der deutschen Waffenindustrie liegt zwischen 55.000 und 90.000.⁸ Zum Vergleich: In der Phase des Übergangs von Verbrennungsmotoren zu Elektroautos stehen – nach Schätzungen der IG-Metall – 200.000 bis 400.000 Arbeitsplätze auf der Kippe.⁹

Das bedeutet: Die immer wieder ins Feld geführte Argument, die Waffenexporte seien schon deswegen unverzichtbar, weil sie Arbeitsplätze sicherten, hat weniger Gewicht als vielfach angenommen. Im Hinblick auf eine wünschenswerte Rüstungskonversion stellen die Arbeitsplätze keineswegs ein unüberwindbares Hindernis dar.

Dieser Tage – November 2021 – veröffentlichte die kritische Website „*Nachdenkseiten*“ eine Bilanz der deutschen Waffenexporte in den 16 Jahren der Ära Merkel (2006-2021).¹⁰ Als Quelle dienen dem Autor Jakob Reimann die alljährlich im Juni von der Bundesregierung vorgelegten Rüstungsexportberichte. In der Analyse ist zu lesen: „*Die Rüstungsex-*

portpolitik der letzten 16 Jahre ist verheerend: Angela Merkel verkaufte Waffen im Wert von über 92 Milliarden Euro an 165 Länder der Welt (von 193 anerkannten). Diese Länder stellen 98 Prozent der Weltbevölkerung. Die Hälfte aller Genehmigungen ging an sogenannte Drittländer [außerhalb von EU und Nato], an die Verkäufe eigentlich tabu sein sollten; darunter viele Länder, die mit Waffenembargos belegt sind. Auch schwerstes Kriegsgeschütz wie Panzer, U-Boote und Kampfflzeuge wurden an Länder auf jedem Kontinent verteilt. Die Hochrüstung der Welt ist das katastrophale Erbe der Merkel-Jahre.“ Fazit des Autors: Die Praxis der Waffenexportpolitik spreche der immer wieder behaupteten Zurückhaltung „maximalen Hohn“. Vieles geschehe, schreibt er, „im Geiste des Rechtsbruchs“.

Die Kritiker der Waffenexporte

Die Bewertung des Waffenexportgeschäfts als „Skandal ohne Grenzen“ ist primär moralischer Natur. Sie ergibt sich aus dem spezifischen Verwendungszweck der exportierten Waffen. Waffen unterscheiden sich von allen anderen Exportgütern dadurch, dass sie der Tötung von Menschen und der Vernichtung von Sachen dienen. Seit etwa 2015 weist eine rüstungskritische Kampagne zudem verstärkt auf den Zusammenhang von Waffenexporten und Flüchtlingsbewegungen hin.¹¹ Wer kritisch vom „Export des Todes“ spricht¹², nimmt die Perspektive der Opfer dieser Waffen ein und fällt ein moralisches Urteil.¹³ Als Gegner des Waffenexportgeschehens sind in Deutschland hervorgetreten: Die Linkspartei, ein relevanter Teil der Abgeordneten von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen, einzelne Gewerkschaftsfunktionäre¹⁴, Teile der beiden Großkirchen und eine große Anzahl von Menschenrechtsorganisationen. Die schlagkräftigste gesellschaftliche Gruppe der Gegner von Waffenexporten ist heute die „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“¹⁵. Gegründet im Jahre 2011, also genau vor einem Jahrzehnt, gehören ihr aktuell mehr als 100 rüstungskritische Vereinigungen an, die für Hunderttausende von Mitgliedern und Anhängern sprechen dürften.

Zu den Gegnern der deutschen Waffenexporte gehören darüber hinaus jene Millionen von Menschen, die – vielen Meinungsumfragen zufolge – Gegner des Waffenhandels sind. Sie machen zwischen 70 und 80 Prozent der Bevölkerung aus. Diese Menschen kennen sich nicht in den Einzelheiten des Dschungels der Waffenexporte aus. Vielmehr dürfte ihre ablehnende Haltung als ein Reflex auf die deutsche Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts zu interpretieren sein. Auch die mehrheitliche Skepsis der deutschen Bevölkerung gegenüber weltweiten deutschen Militäreinsätzen nährt sich aus diesem historischen Kontext.¹⁶ Damit steht diese 4/5-Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes ganz auf dem Boden des Grundgesetzes, in dessen Präambel als grundlegendes Versprechen der Deutschen formuliert wird, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.¹⁷

Wo bleibt die politische Kontrolle der Bundesregierung?

Die Waffenlobby rezipiert diese Stimmung natürlich ganz genau, und natürlich tun dies auch die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker unseres Landes. Aber es fehlt der politische Willen; es fehlen die Taten. Nehmen wir exemplarisch den Fall des SPD-Politikers Sigmar Gabriel! 2013, als er noch Vorsitzender seiner Partei war, ätzte er angesichts des riesigen Volumens der deutschen Waffenexporte, das sei „eine große Schande“ für Deutschland. Als er dann Bundeswirtschaftsminister wurde, stiegen die Waffenexporte entgegen seinen Ankündigungen erneut an.¹⁸ Er wollte wohl bremsen, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Wiederum drängt sich die beunruhigende Frage auf: „Sind die deutschen Waffenexporte noch unter politischer Kontrolle?“

Aufsehen erregte, dass es dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, im September 2019 gelang, Kriegslieferungen an Saudi-Arabien zumindest temporär zu verhindern. Aktuelle Gründe dafür waren die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi und die Beteiligung Saudi-Arabiens am Krieg im Jemen.¹⁹ Aber trotz

solcher Einzelerfolge ist es bislang nicht gelungen, dem „*Skandal ohne Grenzen*“ dauerhaft Einhalt zu gebieten. Deutschland rangiert noch immer in der Spitzengruppe der Waffenausporteure der Welt?²⁰ In den 1990er Jahren stand Deutschland gar auf Platz 2 dieser unrühmlichen Weltrangliste, gleich nach den USA. 2007 dann war es Platz 3, nach den USA und Russland, was den Anstoß für die erwähnte Waldkircher Erklärung gab. Aktuell (2020) ist es Platz 4 nach den USA, Russland und Frankreich. 2019 genehmigte die Bundesregierung so viele Waffenausporte wie nie zuvor – im Wert von 8 Milliarden Euro.²¹

Militärisch-Industrieller Komplex (MIK)

Beim Thema Waffenausport haben wir es nicht nur mit einem ökonomischen Vorgang zu tun, sondern mit einem Geflecht von vielfältigen politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und wissenschaftlichen Interessen. Die Analyse dieses Bündels von Interessen wird dadurch erschwert, dass alles, was mit Waffen zu tun hat, von den Betreibern seit jeher mit einem Schleier strikter militärischer Geheimhaltung umgeben wird. In unserer Republik gibt es zwei Instanzen, die für Waffenausporte entscheidend sind, nämlich das Bundeswirtschaftsministerium, das über 95 Prozent der Rüstungsausporte bürokratisch entscheidet, sowie den Bundessicherheitsrat (BSR). Bei letzterem handelt es sich um einen Ausschuss des Bundeskabinetts, der unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers berät und entscheidet. Beide Instanzen operieren im Geheimen.²² Wir wissen nicht, wie die neun Mitglieder des BSR jeweils abstimmen und wie sie ihre Voten begründen.²³ Erst in jüngster Zeit informiert die Bundesregierung immerhin *nach* den im BSR getroffenen Entscheidungen den Bundestag und die Öffentlichkeit über die genehmigten Waffenausporte. Eine parlamentarische Kontrolle gibt es noch immer nicht. Die Politik verweist auf restriktive Rüstungskontrollgesetze und Richtlinien, die im internationalen Vergleich angeblich einmalig seien, nämlich: Das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Außenwirtschaftsgesetz und die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Fakt ist, dass dieses Regelwerk nicht zum gewünschten Erfolg geführt hat. Im Gegenteil! Die Waffenausporte steigen und die Kritik an ihnen wächst. Wenn Kritiker auf Schlupflöcher im Regelwerk hinweisen, betont das federführende Bundeswirtschaftsministerium die „*hohen moralischen und ethischen Kriterien*“, von denen sich die Verantwortlichen bei ihren Entscheidungen über Waffenausporte leiten ließen.²⁴

An dieser Stelle kommt das Erklärungsmodell „*Militärisch-industrieller Komplex (MIK)*“ in den Blick. Es wurde seitens der Rüstungslobby gelegentlich als Verschwörungstheorie denunziert, was der Sache jedoch in keiner Weise gerecht wird. Die Vorstellung, dass sich ein solcher Komplex – im Sinne einer Machtzusammenballung – herausgebildet habe, wurde in den USA geboren. Erstmals der Öffentlichkeit präsentiert wurde sie von dem amerikanischen Soziologen Charles Wright Mills im Jahre 1956.²⁵ Ein paar Jahre später fand das Denkmodell dieses Wissenschaftlers weltweite Beachtung dadurch, dass kein Geringerer als General Dwight D. Eisenhower, Präsident der USA von 1953 bis 1961, sie in seiner Abschiedsrede aufgriff und dabei den Begriff „*Militärisch-industrieller Komplex (MIK)*“ publik machte. Der vormalige hochrangige Offizier sprach von Verflechtungen und Einflüssen, die eine Gefahr für die amerikanische Demokratie darstellten. Weiterhin warnte er, die wirtschaftlichen Bestrebungen des MIK könnten sich auf die Politik in der Weise auswirken, dass die Politiker als verlängerter Arm der Rüstungsindustrie agierten und diese drängten, Konflikte eher militärisch als politisch zu lösen.²⁶ Mit anderen Worten: Der MIK sei gefährlich, weil er aus sich heraus eine kriegstreiberische Dynamik entfalten könne.

Gibt es einen solchen oder ähnlichen MIK auch in Deutschland? Im Jahre 1949 erklärte der SPD-Politiker Carlo Schmid im verfassungsgebenden Parlamentarischen Rat, „*dass in Deutschland keine Kanonen mehr gebaut werden sollen, nicht nur für uns, sondern auch für andere nicht*“.²⁷ Wie bekannt, hielt dieses Versprechen nicht lange an. Zunächst tätigte

die Bonner Regierung den Großteil ihrer Waffenkäufe in den USA – zum Wohlgefallen der dortigen Rüstungsindustrie. Im weiteren Verlauf des Kalten Krieges und der westdeutschen Wiederaufrüstung entstand in Westdeutschland bereits ein Jahrzehnt nach Kriegsende wieder eine neue deutsche Rüstungsindustrie. Als sich herausstellte, dass der westdeutsche Markt alleine die Gewinnerwartungen der Industrie nicht erfüllen konnte, begann der Export von deutschen Waffen.

Im Jahre 1989, am Ende des Kalten Krieges, war die staatlich subventionierte, bundesdeutsche Rüstungsindustrie bereits die weltweit sechstgrößte, nach den USA, der UdSSR, China, Frankreich und Großbritannien.²⁸ Der Rüstungsexperte Michael Brzoska, 2006-2016 Wissenschaftlicher Direktor des Hamburger „*Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik*“ (IFSH)²⁹, bejahte schon früh – 1989 – die Frage, ob es auch in Deutschland einen „*Militärisch-industriellen Komplex*“ gebe. Obwohl dieser etliche Unterschiede zum MIK in den USA aufweise, habe das MIK-Konzept auch für die Bundesrepublik eine „*grundsätzliche Gültigkeit*“. Denn, ich zitiere Brzoska: „*Wirtschaftliche und militärische Interessen beherrschen die politische Entscheidungsfindung [...]*“.³⁰ Dabei ist die Besonderheit zu beachten, dass in Deutschland die hohen Forschungs- und Entwicklungskosten in der Regel vom bundesdeutschen Steuerzahler finanziert werden.

Die kritischen Rüstungsforscher erkannten, dass in dem deutschen „*Militärisch-industriellen Komplex*“ neben militärischen und wirtschaftlichen Interessen auch Interessen der Politik, der Bürokratie, der Geheimdienste, der Wissenschaft und der Medien wirksam sind. Die Protagonisten des MIK verfolgen eine eigene Medienstrategie. Durch Feindbilder und systematische Irreführungen, durch Hinweise auf Bedrohungspotentiale, auf die allfällige Notwendigkeit der „*Verteidigung*“ – die neuerdings global gedacht wird und sich von den Landesgrenzen gelöst hat –, auf bedrohte Menschenrechte, auf die Gefahren für Freiheit und Demokratie, versuchen sie die staatliche Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen, mit Erfolg, wie man sieht.

Strafverfahren wegen illegaler Waffenexporte

Heute gehen zivilgesellschaftliche Organisationen wie „*Amnesty International*“ oder die „*Aktion Aufschrei*“ den Weg, in das auswuchernde Waffenexportgeschäft durch Strafanzeigen gegen Rüstungskonzerne einzugreifen. Eine 300 Seiten umfassende Anzeige, in der deutschen Rüstungsfirmen die Beteiligung an Kriegsverbrechen vorgeworfen wird, liegt derzeit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag vor.³¹ Generell sind die rüstungskritischen Aktivisten bestrebt, illegale Exporte ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen und die dafür verantwortlichen Rüstungsmanager und Politiker der Justiz zu überstellen. Jahrelang stießen sie dabei auf hinhaltenden Widerstand von Staatsanwälten und Richtern, die sich offenbar noch immer der traditionsreichen Devise „*Recht ist, was den Waffen nützt*“ verpflichtet fühlten.³²

Zuletzt konnte die „*Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel*“ allerdings auch spektakuläre Erfolge erringen. Sie wies illegale Exporte der Waffenfabriken Heckler & Koch im baden-württembergischen Oberndorf und von SIG Sauer in Eckernförde, Schleswig-Holstein, nach. Rechtswidrig geliefert wurde nach Mexiko und Kolumbien. Die Strafverfahren gingen bis vor den Bundesgerichtshof und endeten mit hohen Strafen für die Rüstungsunternehmen in der Höhe von 3 und 11 Millionen Euro.³³ Das lässt hoffen, dass die deutsche Justiz nunmehr in Waffenangelegenheiten anders entscheidet als es vor einem Jahrhundert die politische Justiz der Weimarer Zeit zu tun pflegte. Sie verfolge die Kritiker, die illegale Rüstungen aufdeckten, mit dem Vorwurf des Landesverrats.³⁴

Das Kalkül der Waffenexportkritiker geht dahin, dass das Leitungspersonal der Rüstungsschmieden durch Strafen und die mit ihnen einhergehende Furcht vor einem nachhaltigen Imageschaden für ihre Unternehmen dazu veranlasst wird, wenigstens die gesetzlichen Vorgaben strikt einzuhalten. Darüber hinaus können Strafverfahren jene Menschen ermutigen, die Waffenexporten gegenüber kritisch eingestellt sind. Denn diese Verfahren sind

ein Beleg dafür, dass das Engagement der Gegner von Waffenexporten durchaus nicht folgenlos sein muss, sondern dass es etwas bewegen kann, auch wenn der Weg zu einer generellen Delegitimierung der Waffenexporte noch weit ist.

Die Aktionen von Rüstungskritikern richten sich nicht nur gegen kriminelle Exporte deutscher Waffenhersteller, sondern auch gegen die Exekutive, die ihre eigenen Grundsätze und Richtlinien nicht einhält.³⁵ Im Friedensgutachten 2021 der vier deutschen Friedensforschungsinstitute formulieren die Rüstungsforscher die folgende, deprimierende Lagebeurteilung: *„Bereits jetzt tragen Rüstungsexporte aus den EU-Staaten weltweit zu Gewalt und Unterdrückung bei. Die Regierungen [der Europäischen Union, W.W.] erfüllen ihre selbst gestellten Standards nicht.“*³⁶

Argumente der Rüstungslobby

Die wirtschaftsfreundlichen Teile der jeweiligen Bundesregierungen – und ebenso natürlich die Rüstungslobby – sehen in den Waffenexporten keineswegs etwas Schändliches, kein „*Teufelszeug*“, wie Willy Brandt einmal die Atomwaffen nannte.³⁷ Die moralische Dimension ausblendend, betrachten sie den Waffenhandel als einen Wirtschaftsfaktor, der ökonomischen und politischen Profit abwirft. In der öffentlichen Diskussion über dieses Politikthema muss es daher darum gehen, diese Profitlogik als eine kaum verhüllte Kriegslogik kenntlich zu machen: Exportierte Waffen sind geeignet, Konflikte anzuzünden und die Schwelle zum kriegerischen Konfliktaustrag zu senken. Und das Wichtigste: Ohne die Waffen aus den Industrieländern könnten die Konflikte in den Krisenregionen der Welt nicht mit modernem Kriegsgerät ausgetragen werden.

Verteidiger der Waffenexporte bringen häufig die folgenden drei Argumente vor:

1. Jedes Land hat das Recht, sich zur Selbstverteidigung mit Waffen zu schützen.
2. Nur wenn die deutschen Waffenschmieden exportieren und damit Profite erwirtschaften können, rechne sich dieser Wirtschaftszweig in ökonomischer Hinsicht und Deutschland könne technologisch mithalten.
3. *„Wenn wir nicht liefern, dann liefern halt die anderen.“*

Mit dem erstgenannten Argument – Recht auf Selbstverteidigung – lässt sich nahezu jede Schandtats beschönigen. Das Diktum, unsere Sicherheit werde „auch am Hindukusch“ verteidigt³⁸, haben wir noch im Ohr. Seit dem Ersten Weltkrieg können wir beobachten, dass die auf Aggression setzenden Politiker gelernt haben, ihre Absichten propagandistisch in Verteidigungshandlungen umzulügen.³⁹ Die These von der Notwendigkeit der militärischen Verteidigung perpetuiert die Praxis des kriegerischen Konfliktaustrags und trägt dazu bei, das Gewicht der Diplomatie zu mindern sowie die Strategien der Krisenprävention und der Konfliktlösung unter Verzicht auf militärische Gewalt gering zu schätzen.

Das zweite Argument – das Profitargument – dürfte, rein betriebswirtschaftlich betrachtet, zutreffend sein. Wobei zu bedenken ist, dass der Staat der Rüstungsindustrie seit langem bereits kräftig unter die Arme greift, u.a. durch die Absicherung der Waffenexporte mithilfe von Hermes-Krediten.⁴⁰ Im Umkehrschluss bedeutet das, dass der Staat bei einer angestrebten Konversion der Rüstungsindustrie behilflich sein muss.

Inflationär gebraucht wird das letztgenannte Argument – *„dann liefern halt andere“*. Mit ihm soll den Rüstungskritikern der Schneid abgekauft und einer fatalistischen Einstellung Nahrung gegeben werden. Motto: Man kann ja doch nichts ändern. Vordergründig betrachtet, ist leider zutreffend, dass die Konkurrenz auf dem internationalen Rüstungsmarkt stets bereit steht. Tatsächlich sollte es der deutschen Politik jedoch darum gehen, aus dieser kapitalistischen Sackgasse auszubrechen und das Thema Waffenexporte endlich aus dem politischen Schattendasein hervorzuholen. Es gilt, ein positives Beispiel zu setzen und auch auf diesem Gebiet eine neue Koalition der Willigen zu bilden. Solche Willigen gibt es unter anderem bereits beim Klimaschutz, beim Ausstieg aus der Atomenergie, bei internationalen Hilfsaktionen in Katastrophenfällen, im Kampf gegen den Hunger – warum sollte es eine solche Koalition nicht auch beim Verzicht auf Waffenexporte geben!

Indem Deutschland einmal mehr die Lehren aus der eigenen Gewaltgeschichte im 20. Jahrhundert zieht, darf es sich legitimiert sehen, mit einem Verzicht auf Rüstungsexporte voranzugehen und damit ein Zeichen zu setzen.

Wir waren übrigens schon einmal weiter: Im Jahre 1971, zur Zeit der Regierung Brandt/Scheel beschloss die von ihnen geführte Bundesregierung: *„Als ein weiterer Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt soll der Export von Kriegswaffen in die Länder außerhalb des atlantischen Bündnisses grundsätzlich unterbleiben.“*⁴¹

Europäische Rüstungsexportkontrolle

In der aktuellen politischen Diskussion spielt die zunehmende Europäisierung der Rüstungsproduktion eine wichtige Rolle. Dabei haben wir es mit einer janusköpfigen Entwicklung zu tun. Aus ökonomischer und sicherheitspolitischer Perspektive bringt die Rüstungskoooperation Vorteile. Hinsichtlich der Kontrolle und Reduzierung von Rüstungsexporten besteht jedoch die reale Gefahr, dass die Waffenschmieden noch leichter als zuvor Wege suchen und finden, Beschränkungen zu unterlaufen. Diese Gefahr kommt besonders zum Tragen, wenn an der Produktion einer bestimmten Waffe oder eines Waffensystems mehrere europäische Länder beteiligt sind. Die Rüstungsindustrie wird unter diesen Bedingungen bestrebt sein, die Endfertigung – und damit die Entscheidung über den Export – in das Land zu verlagern, das die am wenigsten restriktiven Bestimmungen hat. Durch diese Konkurrenzsituation kann ein Druck entstehen, immer laschere Rüstungsexportgesetze zu beschließen. Profitieren würde die Rüstungsindustrie. Der Staat dagegen würde an Einflussmöglichkeiten verlieren.⁴² Somit besteht die Gefahr einer weiter zunehmenden Verselbständigung des Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK) in der Europäischen Union.

Dieser Befund befeuert nicht nur die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen die Rüstungsexportpolitik, sondern fordert auch die neue rot-grün-gelbe Bundesregierung zu Taten heraus. Als weltweit viertgrößter Rüstungsexporteur hat das Land die Chance, eine europäische Rüstungsexportkontrolle ohne Hintertüren und Schlupflöcher anzustoßen und auf ihre Realisierung zu dringen. Die deutschen Friedensforschungsinstitute fordern in ihrem Gutachten 2021: *„Dies könnte zum Beispiel in Form eines eigenen Rüstungsexportkontrollgesetzes geschehen, wie es für Deutschland unter anderem von den Grünen, Greenpeace und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) geordert wird.“*⁴³ Durch ein solches EU-Gesetz müssten zumindest Waffenexporte in kriegsführende und menschenrechtsverletzende Ländern strikt unterbunden werden.

Nach den Bundestagswahlen vom 26. September 2021 hat unser Thema in den Sondierungsgesprächen von SPD, Grünen und FDP eine Rolle gespielt. Die zukünftigen Regierungsparteien fordern eine *„abrüstungspolitische Offensive“* und verbindliche Regeln für eine *„restriktive Rüstungsexportpolitik“*. Mit den europäischen Partnern wolle man *„eine entsprechende EU-Rüstungsexportverordnung“* abstimmen.⁴⁴ Was daraus wird, bleibt abzuwarten. Nach einem Aufbruch klingt diese Absichtserklärung jedenfalls nicht.

Schluss

Man muss sich klar machen: Waffenexporte sind Teil eines größeren Ganzen, nämlich der profitorientierten Rüstungsindustrie, die ihrerseits in einem Militärisch-Industriellen Komplex (MIK) verwurzelt ist. Dieser ist längst nicht mehr rein national organisiert, sondern in eine wachsende europäische Rüstungskoooperation integriert. Allerorten mangelt es an parlamentarischer Kontrolle. Die politischen Absichtserklärungen, Waffenexporte müssten restriktiv gehandhabt werden, haben sich als wohlfeil erwiesen. Dieser Befund beschädigte die Glaubwürdigkeit der regierenden Politikerinnen und Politiker. Er provozierte zugleich die Frage, ob die deutschen Waffenexporte überhaupt noch unter politischer Kontrolle sind. Damit verbindet sich der Verdacht, dass der Militärisch-Industrielle

Komplex auch in Deutschland eine Eigendynamik entwickelt hat. Sein Einfluss ragt bis weit in das Bundeswirtschaftsministerium und in den Bundessicherheitsrat hinein. Das bedeutet, dass sich viele der Entscheider in diesen Institutionen den Interessen der Rüstungsindustrie verpflichtet fühlen und ihre Genehmigungsbefugnis nicht restriktiv, sondern industriefreundlich auslegen. Sie legalisieren damit, was nicht legalisiert werden dürfte. So verwundert es kaum, dass illegale Waffenexporte nicht von staatlichen Instanzen aufgedeckt und der strafrechtlichen Verfolgung zugeführt wurden, sondern durch Aktivisten der Zivilgesellschaft.

Für die deutsche Seite stellt der skandalöse Waffenexport ein besonderes Problem dar. Hat dieses Land doch aus dem Zweiten Weltkrieg die Lehre gezogen: „*Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!*“⁴⁵ Mit den Waffenexporten wird diese grundlegende politische Orientierung jedoch unterlaufen. Mit dem Gegensteuern befinden wir uns erst am Anfang. Immerhin haben sich hierzulande zivilgesellschaftliche Kräfte formiert, die bestrebt sind, den Skandal der Waffenexporte verstärkt im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und sich international zu vernetzen.⁴⁶ Die Bundesregierung muss beweisen, dass sie willens und in der Lage ist, die politische Kontrolle über die schändliche Praxis der Waffenexporte zurückzugewinnen.

¹ Helmut Kramer u. Wolfram Wette (Hrsg.): Recht ist, was den Waffen nützt. Justiz und Pazifismus im 20. Jahrhundert. Mit einem Geleitwort von Hans-Jochen Vogel. Berlin: Aufbau 2004.

² Damals (2007) verbreitete die Vereinigung „Ohne Rüstung leben“ das Flugblatt „Skandal ohne Grenzen“. Die Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport.

³ Siehe dazu meinen zusammenfassenden Bericht: Signal gegen Waffenexport. „Waldkircher Erklärung“ mit fast 15.000 Unterschriften liegt jetzt dem Bundessicherheitsrat vor. In: Forum Pazifismus. Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit 22, II/2009, S. 23-27.

⁴ Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ist ein ökumenischer Zusammenschluss der großen Kirchen in Deutschland zu Fragen der Entwicklungspolitik. Sie wurde 1973 gegründet. Gemeinsam mit dem Bonn International Center for Conversion (BICC) erstellt die GKKE seit 1999 jedes Jahr einen Rüstungsexportbericht aus kirchlicher Sicht. Siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinsame_Konferenz_Kirche_und_Entwicklung

⁵ Lorenz Hemicker: Rüstungsexporte: Kirchen kritisieren „politische Ohnmacht“ der Bundesregierung. In: FAZ.NET. ISSN 0174-4909 (faz.net [abgerufen am 20. Dezember 2018]). Zit. nach:

⁶ Einführend der Beitrag „Deutscher Rüstungsexport“ in: https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_R%C3%BCstungsexport. Aufschlüsselung nach Waffenschmieden: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ruestungsexporte-so-steht-es-um-die-branche-in-deutschland-a-1189627.html>

⁷ Für 2009 berechnete die Regierung einen Anteil der deutschen Rüstungsexporte am Bruttoinlandsprodukt von 0,21 Prozent, für 2010 von 0,19 Prozent. Bericht in ZEIT-Online: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2014-06/bundesregierung-waffenexporte-beschaenkung-ruestungslobby/seite-2>

⁸ Laut wikipedia sind es 80.000. Siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_R%C3%BCstungsexport

⁹ Christina Finke: E-Autos gefährden 410.000 Arbeitsplätze. Siehe: <https://www.autozeitung.de/studie-elektroautos-195559.html>. Zugriff: 4.3.2020. Die Gewerkschaft IG-Metall forderte in diesem Zusammenhang die Bereitstellung eines „Transformations-Kurzarbeitergeldes“ und eine frühzeitige Umschulung der Autobauer für andere Tätigkeiten.

¹⁰ Jakob Reimann: Die Hochrüstung der Welt – das Erbe von 16 Jahren Merkel 2006-2021. In: NachDenkSeiten 5.11.2021, im Internet: www.nachdenkseiten.de/?tag=merkel-angela

¹¹ Jürgen Grässlin: Fluchtgrund Waffenhandel. In: Zivilcourage. Magazin der DFG/VK Nr. 2/2021. Schwerpunkt: Fluchtgrund Waffenhandel, S. 4-7; ders., Daniel M. Harrich, Danuta Harrich-Zandberg: Netzwerk des Todes. Blutiger Handel – Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden. München 2015.

¹² Siehe u.a. Hand Leyendecker/Richard Rickelmann: Exporteure des Todes. Deutscher Rüstungsskandal in Nahost. Göttingen 1991.

¹³ Das ist ein starkes Motiv von Jürgen Grässlin, dem Gründer der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“. Siehe u.a. dessen Werke: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland. Vor einem, der auszog, die Rüstungsindustrie das Fürchten zu lehren. München 1994; ders.: Versteck dich, wenn sie schießen. Die wahre Geschichte von Samira, Hayretin und einem deutschen Gewehr. München 2003.

¹⁴ Zum Beispiel Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Siehe dessen Vortrag beim 22. DFG-VK-Bundeskongress 8.-10. 11. 2018 in Frankfurt/M.

¹⁵ Siehe die Einträge: <https://www.aufschrei-waffenhandel.de>; und: <https://www.friedenskooperative.de/kampagne/aktion-aufschrei-stoppt-den-waffenhandel>.

¹⁶ Vgl. meinen Text: Die Enttabuierung des Militärischen in der Berliner Republik. In: ders., Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914. Bremen 2017, S. 499-507.

¹⁷ Präambel des GG.

¹⁸ Zit. nach: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ruestungsexporte-so-steht-es-um-die-branche-in-deutschland-a-1189627.html>

¹⁹ Zu Mützenichs erfolgreichem Vorstoß siehe: www.zeit.de/2019/38/waffenexporte-ruestungsindustrie.

²⁰ Über deutsche Waffenschmieden informiert die Übersicht von Lühr Henken: Rüstungspolitik. Deutsche Waffenschmieden. In: Gabriele Gillen/Walter van Rossum (Hrsg.), Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen. Reinbek 2009, S. 488-496.

²¹ <https://www.aufschrei-waffenhandel.de>

- ²² Grundinformationen zum BSR in: <https://de.wikipedia.org/wiki/Bundessicherheitsrat>.
- ²³ Zum Verfahren der Rüstungsexportgenehmigungen siehe die Abhandlung: Wer entscheidet über deutsche Waffenexporte? Der Bundessicherheitsrat und die Exportgenehmigungen. In: <https://www.swr.de/toedliche-exporte/deutschland/bundessicherheitsrat/-/id=15907630/did=16061340/nid=15907630/1iyyie/index.html>
- ²⁴ Jan Dörner: SPD ist gegen Waffen an Riad. Regierung noch unentschieden. In: Badische Zeitung, 24.2.2020, S. 5. Dort wird der Wirtschafts-Staatssekretär Thomas Bareiß zitiert.
- ²⁵ de.wikipedia.org/wiki/Charles_Wright_Mills
- ²⁶ Englischer Text der entsprechenden Passage der Eisenhower-Rede vom 17. Januar 1961 und deutsche Übersetzung im Eintrag: https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4risch-industrieller_Komplex
- ²⁷ Zit. nach Dieter S. Lutz: Krieg und Frieden als Rechtsfrage im Parlamentarischen Rat 1948/49. Baden-Baden 1982, S. 55.
- ²⁸ Michael Brzoska: Militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik und Rüstungsexportpolitik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/89, S. 501-512. Im Internet greifbar unter: <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1989/1989-08-a-501.pdf>
- ²⁹ de.wikipedia.org/wiki/Michael_Brzoska
- ³⁰ Brzoska, Komplex, S. 503.
- ³¹ Siehe die Notiz: Jemen. Rüstungsfirmen im Visier. In: Badische Zeitung 13.12.2019, S. 7, sowie den Bericht: Deutsche Bomben. Der Krieg in Jemen wird mit Waffen aus Europa geführt. Nun ziehen Menschenrechtler vor Gericht – und werfen Rüstungsfirmen Beihilfe zu Kriegsverbrechen vor. In: Süddeutsche Zeitung, 12.12.2019, S. 1 u. 4. Ausführlich: <https://www.amnesty.at/news-events/jemen-internationaler-stragerichtshof-muss-beteiligung-von-ruestungsunternehmen-an-kriegsverbrechen-untersuchen/>
- ³² Hier gebe ich die Erfahrungen des Rüstungskritikers Jürgen Grässlin wieder.
- ³³ Siehe den Bericht des Rechtsanwalts der Rüstungskritiker Holger Rothbauer: Klagen oder Klagen? Die Fälle Heckler & Koch und SIG Sauer vor dem Bundesgerichtshof. In: pax christi 3/2021, Schwerpunkt „Stoppt den Waffenhandel“, S. 6-7. Heckler & Koch muss 3 Millionen Euro Strafe zahlen (<https://www.tagesschau.de/inland/bgh-heckler-koch-103.html>), SIG Sauer gar 11 Millionen (<https://www.tagesschau.de/inland/sig-sauer-bundesgerichtshof-101.html>).
- ³⁴ Siehe Ingo Müller: Landesverratsprozesse und Beleidigungsverfahren gegen Pazifisten in der Weimarer Republik. In: Kramer/Wette, Recht ist (wie Anm. 1), S. 143-159.
- ³⁵ Von „krimineller Schuld“ spricht – im Hinblick auf die Waffenlieferungen an das kriegsführende Saudi-Arabien – Ronen Steinke: Waffenexporte. Es gibt keine Ausrede. In: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2019, S. 4.
- ³⁶ Rothbauer, S. 113.
- ³⁷ In seiner Rede bei der großen Bonner Friedensdemonstration 1983 bezeichnete SPD-Chef Willy Brandt die Atomwaffen als „Teufelszeug“. Siehe: www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/willy-brandt-helmu.
- ³⁸ Es stammt von dem damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD). Siehe dessen Rede von 20.12.2002 in Berlin. Im Internet: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundesministers-der-verteidigung-dr-peter-struck--784328>
- ³⁹ Vgl. Wolfram Wette: Kriegslügen – Sprache im Dienste der Verschleierung und Rechtfertigung kriegerischer Gewalt. In: ders., Ernstfall Frieden (wie Anm. 14), S. 295-319.
- ⁴⁰ Siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hermesdeckungen>
- ⁴¹ Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern (16. Juni 1971). Im Internet: http://ruestungsexport-info.de/fileadmin/media/Dokumente/R%C3%BCstungsexporte___Recht/Politische_Grunds%C3%A4tze/Politische-Grundsaeetze-1971.pdf; siehe auch Thomas Nielebock: Rüstungsexport. Analysen, Daten, Stellungnahmen. Tübingen 1984, S. 161; zur Einordnung in die Geschichte der Regulierungsversuche siehe Jürgen Grässlin: Den Tod bringen Waffen aus Deutschland. Vor einem, der auszog, die Rüstungsindustrie das Fürchten zu lehren. München 1994, S. 350.
- ⁴² Friedensgutachten 2021: Europa kann mehr! Abschnitt: Rüstungsdynamiken. Keine Rüstungskooperation ohne europäische Rüstungskontrolle. Hrsg. von BICC, HSFK, ISFH und INEF. Frankfurt/M. 2021, S. 111. Im Internet greifbar unter: <https://www.friedensgutachten.de/>
- ⁴³ Ebda., S. 111 f.
- ⁴⁴ Ergebnis der Sondierungsgespräche von SPD/Grüne/FDP vom 15.10.2021. In: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/bundestagswahl/id_90973244/sondierungen-das-steht-im-ampel-papier-von-spd-gruenen-und-fdp.html. Zugriff: 25.10.2021.
- ⁴⁵ In diesem Diktum ist insbesondere die Antikriegsstimmung der Nachkriegszeit eingefangen. Es wurde in beiden deutschen Staaten verwendet. Zur Sache siehe Wolfram Wette: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt/M. 2011, Abschnitt VI; sowie Thomas Kühne (Hrsg.): Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945 (= Jahrbuch für Historische Friedensforschung, 2. Jg. 2000). Münster, Hamburg, London 2000). Vgl. auch die Sicht des amerikanischen Historikers James Sheehan: Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden. München 2008, in dem die Zivilisierung Deutschlands eine besondere Rolle spielt.
- ⁴⁶ Aufgrund einer Initiative des deutschen Rüstungs-Informations-Büros (RIB) entstand die internationale Kampagne: Global Net. Stop the Arms Trade. Informationen im Internet unter: www.qn-stat.org